

Publizistik wäre und ob nicht dazu in erster Linie auch gehörte, was D. Senghaas im Rahmen von „Pax Christi“ über das Ausmaß des geplanten Unfriedens gesagt hat? Man denke nur an manche Veröffentlichungen in amerikanischen wie deutschen Magazinen über den beherrschenden Einfluß des Pentagon und seine Verquickung mit dem USA-Senat bzw. der Rüstungsindustrie. Informationen sind nur von Wert, wenn sie sehr anspruchsvoll sind, und dann sind sie so anstrengend, daß der Bürger lieber Zuflucht zu seiner „Ruhe“ nimmt.

Was ist Sache der Kirche?

Das Beste und Praktischste an der Denkschrift sind die Vorschläge und Anregungen für den *Ausbau des zivilen Ersatzdienstes* durch Entwicklungsdienste und andere Formen des Friedensdienstes. Hier wird einem dringenden Bedürfnis abgeholfen; obwohl es auch vielleicht wie-

der zu hoch gezielt ist, zu sagen: „Spezifische Möglichkeiten des Friedensdienstes fallen den Kirchen zu, weil sie durch das Evangelium einen universalen Auftrag haben und in ihrer Katholizität (die erst in Uppsala plakatiert wurde) für den Aufbau tragfähiger Strukturen einer zukünftigen Weltgesellschaft Verantwortung tragen.“ Vielleicht wäre es schön, wenn die Kirchen das könnten, aber sind sie schon so weit über ihre inneren Sorgen hinaus? Und wäre es nicht eher Sache des Staates bzw. der Staatengemeinschaft, sowohl für Friedensdienste wie für die Ausbildungserfordernisse zu derartigen Diensten in der Dritten Welt zu sorgen? „Die Kirche“ Sorge hingegen für die friedfertigen und friedentiftenden Herzen. Für alles andere sind ihre Laien in außerkirchlichen Verpflichtungen zuständig. Das stellt schließlich auch die EKD-Denkschrift fest, aber leider mit einem moralischen Appellativ an Politiker, Parlamentarier, Beamte und an Publizisten.

Länderberichte

Kritische Phase für die Kirche in der ČSSR

Nur naive Unbekümmertheit konnte auf dem Hintergrund *innerparteilicher Säuberung* in der ČSSR von der Nachricht überrascht werden, daß Frau E. Kadlecová von der Leitung der Abteilung für Kirchliche Angelegenheiten im Prager Kultur- und Informationsministerium abgerufen und in ihrem langjährigen, vom Klerus gefürchteten Vorgänger K. Hruža einen bewährten Nachfolger erhalten hat. Die „Konsolidierung“ der Verhältnisse hat auch hier erste Früchte gezeitigt. Hruža hat wahrscheinlich persönlich keinem Priester jemals etwas zuleide getan. Er hat auch keine Gerichtsurteile ausgesprochen, vielleicht sogar mit manchem, wenn auch äußerst kühl, so doch sachlich gesprochen. Dennoch steht er bei der Geistlichkeit der ČSSR in keinem guten Andenken.

Es ist verständlich, daß die *Wiedereinsetzung* dieses Mannes unter der Geistlichkeit aller christlichen Gemeinschaften in der ČSSR eine große Beunruhigung ausgelöst hat; sie waren nicht bereit, diese Entscheidung lautlos und ergeben wie einst hinzunehmen. Verbitterung, Unwille und Entschlossenheit waren so groß, daß ein geharnischter Protest der Kirchenleitungen gefordert wurde. Die katholischen Bischöfe des Landes beschränkten sich jedoch darauf, durch einen Bischof ihr Befremden zu äußern. Sie verbanden damit aber die Erklärung, in keiner Weise die Ruhe unter dem katholischen Klerus gewährleisten zu können, wenn die Ernennung Hružas den Anfang neuer Verfolgung und Unterdrückung bedeuten sollte. Dieser milde *Protest* konnte jedoch nicht, wie geplant, dem Ersten Parteisekretär Husák in einer persönlichen Vorsprache vorgetragen werden; er empfing den Vertreter des katholischen Episkopats nicht, sondern ließ sich durch einen seiner Beamten vertreten. Hruža, Absolvent einer Parteihochschule in der Sowjetunion, hatte es seinerzeit ausgezeichnet verstanden, durch andere die Kirche in einer entwürdigenden und umfassenden Weise bevormunden und manipulieren zu lassen; dabei konnte er sich auf seine Beamten in der Kirchenabteilung und bei den Kreis- und Bezirksverwaltungen ebenso verlassen wie auf die Männer an der Spitze der Friedensbewegung.

Wohl hat er Bischöfen gegenüber zugesichert, es werde zu keinen ungesetzlichen Maßnahmen gegen den Klerus und zu keiner Unterdrückung kirchlichen Lebens kommen. Dennoch enthalten die *ersten Amtshandlungen* Anzeichen dafür, daß diesen liebenswürdigen Worten andere Taten folgen könnten. Hruža ging sofort daran, frühere Mitarbeiter, die im Frühjahr 1968 mit ihm das Amt verließen, wieder hinzuzuziehen und selbst den einen oder anderen Beamten, der schon bis 1968 unter seiner Leitung dort gearbeitet hat, dann auch unter Frau Kadlecová im Amt verblieb, zu entlassen. Mit seiner Vorgängerin mußte auch der Referent für die katholische Kirche, Hranička, scheidet, dafür aber wurde ein ehemaliger Gefolgsmann von Hruža, *Travníček*, wieder ins Amt gerufen. Das macht es schwer, der Zukunft der Kirche in der ČSSR ohne Bangen entgegenzusehen.

Kommen die Friedenspriester wieder?

Diese Befürchtungen gewinnen noch an Berechtigung, wenn eine Entwicklung im kirchlichen Raum berücksichtigt wird. Der ehemalige Gesundheitsminister, J. Plojhar, bis 1968 auch Vorsitzender der *Friedensbewegung der katholischen Geistlichkeit*, scheint nicht nur das Wohlwollen und das Ohr der eigentlichen Herrscher der ČSSR in der russischen Botschaft zu besitzen. Im Herbst 1969 war er mit dem im Vorjahr gleichfalls abgesetzten Caritasdirektor J. Mára in Moskau. Von dieser Reise wurde bekannt, was Minister a. D. Plojhar als Stellungnahme Moskauer Regierungs- und Parteistellen nach Prag mitgebracht haben will: daß Moskau offen seine Unzufriedenheit mit der kirchenpolitischen Entwicklung in der ČSSR im Jahre 1968 geäußert habe; insbesondere fehle in Moskau jegliches Verständnis für die Liquidierung der „Friedensbewegung der katholischen Geistlichkeit“.

In Prag wird daher die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß diese Institution sich wiederum etabliere und dann versuchen könnte, mit Hilfe der neuen Parteispitze Klerus und Kirchenvolk zu dirigieren, um so einen Beitrag zur

„Konsolidierung“ der Verhältnisse zu leisten. Bei der zähen und stark emotionalen Aktivität des ehemaligen Gesundheitsministers muß heute mit einem solchen Versuch gerechnet werden. Dagegen wird der einstige geschickte Generalsekretär dieser Bewegung nicht so sehr gefürchtet, da er sich allzusehr kompromittiert hat. Größer sind die Befürchtungen hinsichtlich der zukünftigen Rolle, die dem ehemaligen Caritasdirektor zgedacht sein könnte; daß er sie zu spielen bereit wäre, hat er mit seinen Reden im tschechischen und ostdeutschen Rundfunk bewiesen.

Neben diesen zwei bis drei Männern werden noch einige wenige als mögliche *Mitläufer* einer neuen Friedensbewegung erwartet. Doch könnte auch eine geringe Anzahl für den ersten Anfang genügen, insbesondere wenn wiederum von staatlicher Seite ein Druck ausgeübt und der Klerus in seiner Bewegungsfreiheit so eingeengt würde, daß er nur im Rahmen dieser Einrichtung die Möglichkeit zu Zusammenkünften und Aussprachen erhielte. Diese Perspektiven werden auch die ausländischen kirchlichen und außerkirchlichen Stellen bei der Auswahl ihrer Gäste und der Empfänger ihrer Gaben zu bedenken haben.

Im Sinne einer möglichen Reorganisation der Friedenspriester ist wohl auch eine wenn auch nicht offizielle Erklärung des Kultusministers *Bruzek* zu deuten. In einer Glückwunschsbotschaft an den Domkapitular der Diözese Brünn, *P. Fronti*, zu dessen 60. Geburtstag, die er über den früheren Generalsekretär der Bewegung, *J. Beneš*, übermitteln ließ, hob er die Verdienste der Friedenspriester für Freiheit und Frieden des Landes hervor.

Es waren und sind vielleicht noch Bestrebungen vorhanden, Geistliche aus der Gefolgschaft der aufgelösten Friedensbewegung als einen Klub politisch Engagierter der *Volkspartei* anzugliedern oder aber mit dieser Handvoll ehemaliger Friedenspriester eine eigene Gruppe innerhalb der tschechoslowakischen *Gewerkschaftsbewegung* (ROH) aufzustellen. Damit wäre eine Plattform geschaffen, von der aus alte Ziele neu aufgenommen werden könnten, falls die aufgelöste Friedensbewegung nicht in ihrer alten Gestalt wiederkommen sollte.

Nicht diese Entwicklung an sich wäre so sehr zu fürchten, sondern der Geist der früheren Friedensbewegung, die sich herbeiließ, im Auftrag ihrer Herren und Geldgeber Klerus und Kirche zu beherrschen, die Bischöfe zu dirigieren und dabei Grenzen zu überschreiten, die jeder bewußten Zugehörigkeit zur katholischen Kirche gezogen sind. Und gerade dies ist zu befürchten. Bereits für die allernächste Zeit ist mit einer wichtigen Entscheidung in der Führungsspitze der *Volkspartei* zu rechnen. *Plojhar*, der erst nach langen Verhandlungen und offener Kritik im Frühjahr 1968 vom Vorsitz der Partei zurücktrat, hat wiederum Einfluß auf die Parteigliederungen in den Bezirken und Landkreisen gewonnen. Seine Rückkehr in die Parteiführung, und zwar an die erste Stelle, steht bevor. Diese Entwicklung ist für das kirchliche Leben zunächst von geringerer Bedeutung. Die *Volkspartei* hat in der Nationalen Front und in der Regierung nichts Entscheidendes zu sagen. Außerdem kann *Plojhar* auch ohne Vorsitz in der *Volkspartei* von den konservativen Männern in Partei und Staat zu besonderen Diensten herbeigezogen werden. Dennoch wurde mit seiner Rückkehr in die Parteispitze auch sein Einfluß auf die untersten Parteigliederungen und ihre Mitglieder gestärkt, und dies nicht zum Nutzen der Kirche. Doch bleibt fraglich, ob die *Volkspartei* als Landespartei — sie existiert nur in Böhmen und Mähren, nicht jedoch in der Slowakei — weiterhin in der Föderal-Regierung vertreten sein wird. Wird die

Zukunft der Kirche im politischen Raum der ČSSR betrachtet, so scheint eines sicher zu sein. Sie wird bestimmt sehr stark behindert, wahrscheinlich sogar eine geknechtete Kirche sein.

Gefährliche interne Spannungen

Auch im *innerkirchlichen Leben* ist in letzter Zeit eine Entwicklung noch deutlicher geworden. Sie ist nicht neu und war latent mehr oder weniger virulent schon lange vorhanden. Es wird nicht überraschen, daß es auch im tschechischen Katholizismus heute *Spannungen* gibt. Diese sind zuerst vor Jahren in Diskussionsabenden zum Vorschein gekommen, die junge Christen verschiedener Kirchenzugehörigkeit zusammengeführt haben. Die Gruppierung der katholischen Teilnehmer umfaßte bereits vor wenigen Jahren auf der einen Seite jene, die mit Vehemenz und Zähigkeit die *thomistische Philosophie* auch in der Konfrontierung mit dem zeitgenössischen Denken in der ČSSR zur Geltung bringen wollten. Ihr geistiger Vater ist der Dominikaner *P. Habán*. Die andere katholische Gruppe wird angeführt von einigen jungen Theologen aus den Reihen des Klerus und der Laien; zu diesen gehört auch der Diplomspsychologe *J. Němec*. Diese Gruppe hat sich nicht nur der Gedankenwelt des französischen Jesuiten Teilhard de Chardin weit geöffnet. Sie ist in der *modernen Theologie* daheim. Hierher sind auch die beiden Dozenten der Theologischen Fakultät in Leitmeritz, Dr. *Madr* und der Schriftleiter der 1968 gegründeten Prager theologischen Revue *VIA*, zu zählen. Sie versuchen, das theologische Denken des tschechischen Katholizismus den Strömungen und Überlegungen der gegenwärtigen Diskussion in der katholischen Kirche zu öffnen und damit den ungeheuren Nachholbedarf der tschechischen katholischen Theologie langsam aufzufüllen. Eigenes theologisches Weiterdenken kann noch nicht erwartet werden. Dennoch ist gerade dem tschechischen Katholizismus und seinen Theologen die ebenso schwierige wie dringend nötige Aufgabe gestellt, das theologische Denken, wie es in der nachkonziliaren Kirche aufgebrochen ist, innerhalb einer sozialistischen Gesellschaft zu konkretisieren und einer lebendigen Realisation in diesem Rahmen menschlicher Daseinsverwirklichung zuzuführen. Es muß anerkannt werden, daß die frühere Friedensbewegung diese Aufgabe gesehen hat, wenn auch ohne tiefere theologische Reflexion. Aber sie ging daran, Aussagen des Konzils in einem sozialistischen und atheistischen Staat zu überdenken und zu ergänzen. Wohl waren die damaligen Männer um *Plojhar* und *Beneš* theologisch für diese Aufgabe nicht befähigt. Sie liefen zu sehr opportunistischen Rücksichten nach und waren in selbstgewählten Fesseln unkritischer Parteihörigkeit befangen. Daher mußte von Anfang an jeder Versuch von dieser Seite, aus fundierter theologischer Sicht und bei aller Bindung eines Christen an den sozialistischen Staat christliches Leben in aufrichtiger Zusammenarbeit auch mit Atheisten zu realisieren, scheitern. Diese Aufgabe bleibt jedoch dem tschechischen Katholizismus auch heute noch aufgetragen.

Statt nun sich ihr zu widmen, haben sich die theologisch wachen Katholiken in Böhmen zerstritten und gegenseitig beföhdet. Wenn aber Einigkeit auch über Grundsätzliches hinaus nötig erscheint, dann im tschechischen Katholizismus der Gegenwart. Diese Forderung schließt Spannungen nicht aus, setzt aber den Willen zu echter Zusammenarbeit voraus und den Mut zur Gemeinsamkeit, die sich aber nicht nur in der Rezitation des gleichen Glaubens-

bekennnisses äußern darf, sondern in gemeinsamer Arbeit an ein und derselben Aufgabe.

Bei dieser Suche nach einem *Gleichgewicht* innerhalb der beiden Gruppen und einer Nutzung der verschiedenen Strömungen und Richtungen haben die katholischen Bischöfe der böhmischen und mährischen Diözesen einen Auftrag zu erfüllen, den ihnen ihr Amt und die Situation ihrer Kirche auferlegt. Sie müssen über den beiden theologischen Parteien stehen, diese zu verstehen suchen und unvoreingenommen beurteilen. Die Unparteilichkeit schließt ein klärendes, warnendes und urteilendes Wort nicht aus, wenn Entscheidungen in Fragen des christlichen Glaubens und Lebens von wahrhaft kritischer Ponderanz sich aufdrängen. Aber man wird sich hüten müssen, den, der sich in seinen theologischen Äußerungen und in Mitverantwortung für die Kirche für eine *Erneuerung theologischen Denkens* in der ČSSR und für eine aufgeschlossene, zeitgemäße Glaubensverwirklichung in einer sozialistischen Gesellschaft einsetzt, mit dem bösen Zweifel an seiner Rechtgläubigkeit zu belegen. Das Urteil mangelnder katholischer Glaubensüberzeugung oder falscher Glaubensäußerung darf nicht ausgesprochen werden, auch nicht außerhalb eines offiziellen Rahmens und nur in gelegentlichem Gespräch, bevor dem Beschuldigten nicht Gelegenheit geboten wird, zu einer inkriminierenden Äußerung Stellung zu nehmen. Diese *fundamentale Forderung* wird einem Bischof auch unter tschechischen Verhältnissen abverlangt. Es wirkt mehr als peinlich, wenn von bischöflicher Seite die Priester fehlender Glaubenskorrektheit bezichtigt werden, die durch viele Jahre ihren Glauben und ihre kirchliche Gesinnung im Kerker bezeugt haben. Kaum irgendwo anders als in der heutigen ČSSR scheint die Einheit des gesamten Klerus, der Priester und Bischöfe eine solch schreiende Notwendigkeit zu sein. Sie zu wahren, herzustellen und zu festigen, kann bei den Bischöfen keine andere Sorge verdrängen. In den fünfziger Jahren wurden von anderer Seite Zwietracht, Spaltung und Schwund gegenseitigen Vertrauens in den katholischen Klerus hineingetragen. Es besteht die Gefahr, daß sich jetzt Ähnliches von innen wiederholt.

Beginnende Pressionen

Bezüglich des *Religionsunterrichts* hat sich an der im Herbst geschlossenen Vereinbarung nichts geändert; sie wird auch jetzt noch in der Praxis respektiert und durchgeführt. Es gab einen „Offenen Brief“, aber darüber hinaus ist nichts bekannt geworden, was auf eine umfassende Behinderung des Religionsunterrichts hinweisen könnte. In der Anzahl der Anmeldungen kam es im Herbst 1969 zu Verschiebungen nach oben und nach unten. Sie blieben aber ziemlich gleich. Abgewartet werden muß, wie die angekündigte Intensivierung der Ideologisierung der gesamten Erziehung auf die Möglichkeiten christlicher Erziehung sich auswirken wird.

Auf der gleichen Ebene neu aufgenommenen Bevormundung der Kirche liegt auch der neuerliche Fall *K. Matoušek*. Ihm war Anfang August 1968 die staatliche Zustimmung zur Ausübung seines Amtes als Weihbischof von Prag erteilt worden. Als ihn nun der Apostolische Administrator von Prag, Bischof *F. Tomášek*, in das Domkapitel bei St. Veit berufen wollte, wurde dies von staatlichen Stellen behindert. Ähnlich verhält es sich mit dem Fall *Očenášek* in Königgrätz. Dort war der bisherige Kapitelsvikar zurückgetreten. Die Regierung hat jedoch von vornherein erklärt, Weihbischof *Očenášek* würde nicht die erforderliche

Zustimmung des Staates erhalten, auch wenn er von der Mehrheit für dieses Amt gewählt würde. Ein ähnlicher Eingriff erfolgte in die tschechische und slowakische *Caritas*. Beide wurden aufgefordert, der Caritas Internationalis in Rom beizutreten. Die Vertreter aus Prag erklärten, diesen Schritt nicht ohne vorherige Fühlungnahme mit dem Kirchensekretariat in Prag vornehmen zu können. Sie fragten an und erhielten als Antwort ein striktes Verbot. Der Caritas-Direktor aus der Slowakei erklärte in Rom wohl den Beitritt, jedoch unter ausdrücklichem Vorbehalt der Zustimmung der Regierung. Wegen dieses bedingten Beitritts erhielt er eine Rüge. Die Ernennung eines staatlichen Kommissars für die slowakische Caritas wurde angedroht.

In der *Slowakei* scheint ein besonders scharfer Wind zu wehen. Dort erhielten die *Ordensschwwestern* bereits die Aufforderung, ihre Tätigkeit in der Öffentlichkeit, d. h. in der Seelsorgehilfe und insbesondere bei der religiösen Unterweisung der Jugend, einzustellen und aus den einzelnen Gemeinden, in denen sie in kleinen Gruppen in den letzten Monaten sich niedergelassen hatten, wiederum in größere Gemeinschaften zurückzukehren; damit mußten sie sich auf Anstalten der öffentlichen Fürsorge oder der Caritas beschränken.

Aber auch da gibt es innerkirchliche Probleme. Seit den fünfziger Jahren wurden Ordensschwwestern gern weit abseits des früheren Wirkungsgebietes ihres Ordens eingesetzt. So wurden zahlreiche slowakische Ordensfrauen genötigt, nach Böhmen zu gehen. Es ist nun durchaus verständlich, daß diese Schwwestern 1968 und 1969 die Möglichkeit nutzten, in die Slowakei zurückzukehren. Es muß jedoch befremden, wenn dadurch alte Menschen fast über Nacht in eine andere geistige und zumeist areligiöse Atmosphäre versetzt wurden. Hätten diese Ordensfrauen und ihre Vorgesetzten nicht auch die menschliche und religiöse Seite ihrer Entscheidung berücksichtigen sollen? Hier war doch auch ein seelsorgliches Interesse zu wahren, das um so schwerer wiegt, wenn es um Gemeinden in dem pastoral so schwer betroffenen „Grenzgebiet“ ging. Es ist zu bedauern, daß hier so *wenig katholische Solidarität* wirksam wurde. Zu befürchten bleibt, daß diese kurzsichtige Entscheidung bereits sehr bald sich schlimm auswirken wird, da die Tätigkeit der Schwwestern in der Slowakei bisher jedenfalls mehr eingeengt wird als in Böhmen und Mähren.

Die *Männerorden* sind immer noch als religiöse Gemeinschaften nicht anerkannt. Über die Übernahme der Seelsorge in ehemaligen Klosterkirchen durch Ordensangehörige hinaus ist keine Erleichterung eingetreten. Auch die Aufnahme neuer Mitglieder ist noch nicht möglich. Selbstverständlich haben sich aufgrund der Freigabe der Aufnahme von Alumnus in die *Priesterseminare* in Leitmeritz, Olmütz und Preßburg auch solche Kandidaten gemeldet, die innerlich einem Orden angeschlossen sind. Aber das Kirchensekretariat hat bereits Recherchen über Ordensangehörige unter den Theologiestudenten angestellt. Noch sieht man nicht, worauf dies hinzielt, doch muß aus leidvoller Erfahrung nach solchen Erhebungen mit Maßnahmen gegen diese Studenten gerechnet werden. Bezeichnend für den neu eingeführten Stil der Behinderung kirchlichen Lebens ist auch die neueste Entwicklung in der *Pfadfinderbewegung*. 1968 konnten sich katholische Pfadfinder zu selbständigen Gruppen formieren. Jetzt sind diese katholischen Gruppen wiederum in die allgemeine Pfadfinderbewegung eingegliedert worden, und zwar ohne jede organisatorische Selbständigkeit. Nur

wo sich katholische Mitglieder einer Gruppe zusammenfinden, sind sie noch unter sich. Aber das ist nur ein Ausdruck faktischen Tatbestandes, keinesfalls Ergebnis organisatorischer Selbständigkeit. In die Führung der tschechoslowakischen Pfadfinder sind bereits ideologisch überprüfte und linientreue Jungkommunisten eingerückt. Ihr Einfluß ist noch nicht spürbar, aber ihre Anwesenheit genügt, um Entscheidungen und Planungen zu beeinflussen. Die KP hat auch hier die Zügel an sich gerissen.

Über diese und andere Einzelercheinungen geänderter Kirchenpolitik in der neuen ČSSR hinaus geht ein Angriff des tschechoslowakischen Fernsehens auf Bischof Tomášek in Prag. Es wurde ihm Mitte November vorgeworfen, die Konterrevolution zu unterstützen, und die Preßburger „Pravda“ äußerte offen ihre Unzufriedenheit mit der wiederaufgenommenen Tätigkeit der Ordensfrauen in der Öffentlichkeit der Slowakei. Noch ist nicht ersichtlich, ob es sich dabei um ein Vorzeichen weiterer Maßnahmen handelt. Sie könnten Auftakt eines schärferen Vorgehens gegen die Kirche sein, nachdem die Säuberung innerhalb

der Partei und Gesellschaft allmählich reinen Tisch geschaffen hat.

Verhandlungen nicht aktuell?

Auf diesem Hintergrund müssen auch Aussichten auf baldige *Verhandlungen der Prager Regierung mit dem Heiligen Stuhl* gesehen werden. Es war im Laufe des Jahres 1969 zu einer Besprechung gekommen, wobei man sich einigte, zuerst die Wiederbesetzung der sechs slowakischen Bistümer zu erörtern. Bei den Besuchen einer der Bischöfe in Rom dürfte auch dort darüber gesprochen worden sein. Derzeit jedoch herrscht in Prag die Meinung vor, daß Verhandlungen mit dem Heiligen Stuhl nicht unmittelbar bevorstehen. Ursache dafür ist ein Desinteresse der Prager Regierung. Die Gründe dafür werden nicht genannt. Ob der Führung in Staat und Partei die gegenwärtige Situation mehr entgegenkommt? Kündet sich wiederum eine Zeit der „Kapitelsvikare“ an? Dann stünde das kirchenpolitische Barometer in Prag auf Sturm.

Flexiblere Kirchenpolitik der Bischöfe in der DDR?

Einige Repräsentanten der katholischen Kirche in der DDR haben anlässlich des 20. Jahrestages der Gründung der DDR öffentliche Stellungnahmen abgegeben, die sich von bisherigen Erklärungen beachtenswert unterscheiden. Die Bischöfe und Bischöflichen Kommissare hatten sich an den offiziellen Festveranstaltungen in den Bezirkshauptstädten und in Ostberlin zwar nicht beteiligt. Es nahmen jeweils nur ein oder zwei Ordinariatsräte teil. Beim Staatsakt in Ostberlin waren als Beauftragte der Berliner Ordinarienkonferenz nur der Generalvikar für den Ostteil der Diözese Berlin, Weihbischof *H. Theissing* in Begleitung von Prälat *O. Groß* anwesend. Aber im Ostberliner „St. Hedwigsblatt“ und im Leipziger „Tag des Herrn“ (Erscheinungsweise wöchentlich bzw. zweiwöchentlich im Umfang von je 8 Seiten DIN A 4) wurden mit Illustrationen und statistischen Angaben auf den inneren Doppelseiten zur Entwicklung der katholischen Kirche in der DDR in den vergangenen 20 Jahren sachlich und weitgehend positiv Stellung genommen.

Änderungen des Episkopats

Im Ostberliner „St. Hedwigsblatt“ wurden Ausschnitte aus Stellungnahmen kirchlicher Würdenträger zum 20. Jahrestag der DDR abgedruckt.

Der Bischof von Berlin, Kardinal *A. Bengsch*, sagte am 14. September 1969 anlässlich der 100-Jahr-Feier der Marien-Wallfahrt nach Bernau in einer Predigt u. a.:

„Die Liebe Gottes zur Welt heißt: Er will sie zum Heil führen. Darum heißt die Liebe des Christen und der Kirche zur Welt nicht einfach ja zu allem, sondern ja zum Guten. Sie kann auch Distanz heißen, sie kann manchmal auch Schweigen heißen, aber es ist immer Liebe. Zu diesem Auftrag müssen wir uns bekennen: die Menschen zu lieben: die, mit denen wir zusammen sind, die Menschen hier bei uns in der DDR. Wenn staatlicherseits in wenigen Tagen der 20. Geburtstag gefeiert wird: wir sind schon bereit, alles anzuerkennen, was zum wirklichen Wohl der Menschen getan wird, auch aus dem Grunde, weil ja da überall Christen mitgearbeitet haben. Und wenn wir zu-

rückdenken an die 20 Jahre kirchlichen Lebens hier, werden wir nicht wegwischen können die Spannungen und die manchmal schweren Belastungen, aber wir werden auch mit Dank gegen Gott sagen können: die Kirche konnte seelsorglich arbeiten; und wenn wir ganz ehrlich sind, sie hatte noch mehr Chancen, als sie oft genutzt hat.

Es ist nicht mangelnde Liebe, es ist nicht Interesselosigkeit, und schon gar nicht Haß, wenn die Kirche nicht überall einstimmen kann, wenn sie Vorbehalte hat, sondern es ist die Treue zu ihrer Sendung der Liebe, aber zum Heil der Menschen, darum werden wir auch für unsere Menschen hier, für alle, die Gläubigen und die Ungläubigen, beten, damit der Weg in die Zukunft ein Weg zum wahren Frieden, zu wahrer Gerechtigkeit und Freiheit, zu Achtung der Menschenwürde werde. Und auch da, wo eine volle Übereinstimmung nicht zu erreichen ist, werden wir uns bemühen um ein tragbares Miteinander in Redlichkeit und Freiheit.“

Weihbischof *H. Aufderbeck* (Generalvikar und Bischöflicher Kommissar in Erfurt) sagte bei der Herbstwallfahrt in Erfurt am 21. September 1969: „Die Menschheit lebt in der Hoffnung auf eine bessere Welt (Populorum progressio, Nr. 79). Johannes XXIII., Paul VI., das Zweite Vatikanische Konzil rufen uns dazu auf, daß jeder an seiner Stelle — in seiner Weise — mit allen Menschen guten Willens mitarbeitet für den Frieden der Welt (Pacem in terris) und den Fortschritt der Völker (Populorum progressio). Dabei sollen Christen darauf achten, daß sie sich selber treu bleiben ... Sie sollen die Meinung der anderen Seite mit echtem Wohlwollen sachlich und selbstlos prüfen und bereit sein, mit vereinten Kräften zu schaffen, was seiner Natur nach gut oder zum Guten gewendet werden kann (Pacem in terris). — Wir erkennen dankbar das Gute und das Wahre an, das hier und anderswo in der Welt zum Wohle der Menschheit und zur größeren sozialen Gerechtigkeit getan wird. Ein Miteinander in Redlichkeit, Brüderlichkeit, Gleichberechtigung und Freiheit wird dem Volke und der Welt zum Segen sein.“